



II. DAS ROTE PROJEKT KONKRET

Wie sieht der sozial-ökologische Umbau konkret aus? Das folgende Kapitel enthält mögliche Umbaupfade für die vier Sektoren Energie, Mobilität, Industrie und Agrar. Jedes dieser Leitprojekte ist untergliedert in die Beschreibung des Ziels (Vision 2050) und eine Analyse der Ausgangslage (Ist-Zustand). Abschließend benennen wir konkrete Instrumente und Maßnahmen (Umbau), aber auch eine Reihe offener oder strittiger Fragen, die wir auf Veranstaltungen, auf www.plan-b-mitmachen.de, www.facebook.com/groups/planbe/ und auf einer Konferenz am 26/27. Oktober 2012 in Berlin diskutieren wollen.

AGRAR: Wochenmarkt statt Weltmarkt

Vision 2050

Die Agrarwirtschaft orientiert sich nicht am Weltmarkt, sondern am Wochenmarkt. Ernährungssouveränität und das Recht auf Nahrung sind Leitbilder der internationalen Agrarpolitik. Jede Region der Welt – auch die EU – kann sich im Wesentlichen selbst ernähren und lebt nicht über ihre Verhältnisse.

Der weitgehend geschlossene Betriebskreislauf ist das Leitbild in der Agrarwirtschaft

Weitgehend regionale Kreisläufe statt globaler Irrwege tragen dazu bei, Erzeugung, Verarbeitung, Vermarktung und Verbrauch wieder räumlich zusammen zu bringen. Das spricht nicht gegen die EU als gemeinsamen Markt, aber gegen die unnötigen Transporte von Nahrungsmitteln, die auch in näherer Umgebung hätten angebaut, verarbeitet und verkauft werden können. Die

Bedeutung lokaler und regionaler Märkte für gesunde, sichere und bezahlbare Lebensmittel wächst stetig.

Der Zusammenschluss und die Kooperation von Bäuerinnen und Bauern wirken der Marktmacht von Handel und Verarbeitung entgegen, beispielsweise durch Erzeuger- oder Absatzgenossenschaften. Landwirtinnen und Landwirte erhalten kostendeckende Preise für ihre Produkte, die auch für Verbraucherinnen und Verbraucher bezahlbar sind. Die in der Agrarwirtschaft Beschäftigten bekommen alle einen Tariflohn mindestens in Höhe des gesetzlichen Mindestlohns. Weltweit wird genug gesunde Nahrung produziert, die allen zugänglich ist.

Der weitgehend geschlossene Betriebskreislauf, welcher Boden, Pflanze und Tier mit minimiertem externen Betriebsmittelzukauf verbindet, ist das Leitbild in der Agrarwirtschaft. Die Agrarwirtschaft schont die Ressourcen und setzt Energie sparsam ein. Die Bewirtschaftung schont Boden, Klima, Gewässer und den Wasserhaushalt. Bodenverluste werden vermieden und die Bodenfruchtbarkeit stetig verbessert. Nutztiere werden tiergerecht gehalten. Die

Tierhaltung orientiert sich an der Fläche, die in der Region für Ver- und Entsorgung zur Verfügung steht und ist ebenfalls ein wichtiger Beitrag zum Erhalt der Bodenfruchtbarkeit. Die Politik beschäftigt sich regelmäßig damit, wie schonender gewirtschaftet werden kann und ob alle Produkte und Produktionsweisen Bestand haben können.

Auch die Ernährungs- und Konsumgewohnheiten haben sich auf ein sozial und ökologisch verantwortbares Maß angepasst. Die sozialen und ökologischen Produktions-, Verarbeitungs- und Handelsbedingungen von Nahrungsmitteln sind für Verbraucherinnen und Verbraucher problemlos erkenn- und nachvollziehbar. Der Fleischbedarf ist in der EU reduziert. Damit wurden vormalige Anbauflächen für Futtermittel im Ausland frei. Agrarexporte sind nur für hochveredelte Produkte erlaubt.

Der Energiebedarf des landwirtschaftlichen Maschinenparks ist von fossilen auf betriebseigen oder zumindest regional produzierte Pflanzenöle und -kraftstoffe umgestellt. Agrotreibstoff wird regional erzeugt und nur von Agrarbetrieben und vom ÖPNV verbraucht. Kleinere Betriebe schließen sich gegebenenfalls mit Nachbarbetrieben zur effektiven Nutzung der Produktionstechnik zusammen (Beispiel Maschinenringe). Der Import von Agrosprit oder Palmöl ist wegen der damit einhergehenden Flächenkonkurrenz und der enormen Umweltfolgekosten in der EU verboten.

Der Futtermittelbedarf tierhaltender Betriebe wird im Umkreis weniger Kilometer gedeckt. Daher wurde der Anteil des klimaschonenden Grünlandes erhöht und der Anbau von eiweißhaltigen Futterpflanzen durch öffentliche Mittel unterstützt. Der Import von Futtermitteln, die außerhalb der EU produziert wurden, ist verboten. Zur Verbesserung des Pflanzenschutzes setzen die Agrarbetriebe auf risikoorientierten, effektiven Einsatz, selbst hergestellte Schutzmittel, die Förderung von Nützlingen und deren Biotopen, abgestimmte Fruchtfolgen sowie präventive Bodenbearbeitung und Mischkulturen.

Das Bodeneigentum ist in vielen Händen. Kleinbäuerliches, gemeinsam bewirtschaftetes (z.B. in Genossenschaften) und öffentliches Eigentum bilden die Grundlage einer an gesellschaftlichen Zielen ausgerichteten Agrarproduktion. Die Konzentration von Bodeneigentum und der Kauf durch nichtlandwirtschaftliche Erwerberinnen und Erwerber ist verboten. Großflächige Landnahme findet nicht statt. Der Flächenverbrauch durch Siedlungen oder Verkehrsrouten ist radikal reduziert. Neuversiegelungen sind nur bei gleichzeitiger Entsiegelung anderer Flächen genehmigungsfähig. Biologische Vielfalt wird durch ökologische Vorrangflächen und Ökokonten für Ausgleichsmaßnahmen geschützt.

Ist-Stand

Die Agrarwirtschaft produziert die Grundlagen unseres Lebens. Landwirtschaft, Forst- und Fischereiwirtschaft sowie Gartenbau sind welt-

weit der größte Arbeitgeber und die wichtigste Erwerbsquelle. Mehr als alle anderen Wirtschaftszweige stellt sie Produkte her, die als »Lebensmittel« unverzichtbar sind. Gleichwohl hat auch sie ihren Beitrag zur Reduzierung von Rohstoff- und Energieverbrauch zu leisten.

Die Agrarwirtschaft verbraucht erhebliche stoffliche und energetische Ressourcen zur Produktion von Lebensmitteln, Futtermitteln und Biomasse (energetische und stoffliche Nutzung). Durch das Pflanzenwachstum produziert sie einen beträchtlichen Teil ihrer benötigten Rohstoffe und Energien jedoch selbst. Gleichwohl müssen zusätzliche externe Betriebsmittel wie Dünger, Pflanzenschutzmittel, Agrardiesel oder Futtermittel eingekauft und in den Produktionsprozess eingebracht werden. Dadurch lassen sich die Erntemengen bis zu einem bestimmten Grad steigern. Doch es gilt nicht: Viel hilft viel! Oft gelingt keine ausgewogene Balance zwischen Ressourcenaufwand und notwendigem agrarischen Produktionsumfang.

Entscheidend zur Bewertung landwirtschaftlicher Kreisläufe muss eine betriebliche Rohstoff- und Energiebilanz werden. Klimapoliti-

Klimapolitisch ist die Agrarwirtschaft zugleich Teil des Problems und der Lösung.

tisch ist die Agrarwirtschaft zugleich Teil des Problems und der Lösung. Der Landwirtschaft werden weltweit 31 Prozent aller Klimagasemissionen zugerechnet. In Deutschland sind es 13,5 Prozent. Hinzu kommen Emissionen für Transport, Kühlung und Lagerung von circa neun Prozent. Die Landwirtschaft ist somit Verursacher und gleichzeitig Opfer des Klimawandels, zum Beispiel durch Überschwemmungen, Trockenheit oder Schädlingsausbreitung.

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts hat sich die Agrarwirtschaft enorm entwickelt. Mit der Einführung von Landmaschinen und Agrochemikalien ging ein grundlegender Wandel einher. Die Erträge wurden durch zusätzliche mineralische Dünger gesteigert, Pflanzenkrankheiten oder Schädlinge mit chemisch-synthetischen Mitteln bekämpft und die menschliche Arbeit durch den Einsatz von Maschinen erleichtert oder ersetzt. Durch Verbesserung der Zucht standen leistungstärkere Nutzpflanzen und Nutztierassen zur Verfügung. Die höhere Produktivität ging vielerorts mit einem deutlichen Rückgang der biologischen Vielfalt sowie einer erhöhten Belastung der Gewässer und der Umwelt einher. Gleichzeitig werden in Deutschland jährlich 11 Millionen Tonnen Lebensmittel weggeworfen.

Was zu einer enormen Produktivitätssteigerung führte, sorgte zudem für wachsende Abhängigkeiten von externen Betriebsmitteln. Auch bei den landwirtschaftlichen Betriebsmitteln gibt es einen zu erwartenden Peak (zum Beispiel für Phosphor). Damit sind steigende Preise für den Agrarbetrieb zu erwarten. Von 2000 bis 2010 sind für einheimische Betriebe die Düngemittelkosten um 149 Prozent gestiegen. Für Energie- und Schmierstoffe betrug die

Steigerung 55 und für Futtermittel 25 Prozent.

Die Bodenkauf- und Pachtpreise sind auch durch öffentliche Förderung und wegen der Privatisierungspraxis der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) in Ostdeutschland stark gestiegen. In fünf Jahren um 85 Prozent. Der Boden ist die Produktionsgrundlage der Betriebe. Können die Kauf- und Pachtpreise nicht refinanziert werden, ist das existenzbedrohend.

In den vergangenen zwanzig Jahren ist zwar aufgrund politischer Rahmenbedingungen und Preissteigerungen der Aufwand an Mineraldünger pro Hektar merklich zurück gegangen. Doch immer noch werden jährlich beispielsweise 1,5 Millionen Tonnen mineralischer Stickstoff ausgebracht. Der Stickstoffüberschuss liegt noch immer bei 100 kg / Hektar und damit 20 kg über der Zielmarke.

Neben den Düng- und Pflanzenschutzmitteln müssen viele Betriebe auch teilweise ihre Futtermittel zukaufen. Von den insgesamt 70 Millionen Tonnen in Deutschland pro Jahr verfütterten Getreideeinheiten stammen nur 58,6 Millionen

Tonnen aus einheimischer Produktion. Der Rest muss importiert werden. Dabei handelt es sich vor allem um eiweißhaltige Pflanzen, die in Südamerika angebaut werden (beispielsweise Soja) und dort direkt oder indirekt zu Waldrodung beziehungsweise massivem Ausbau von Monokulturen, Gentech-Anbau und Vertreibung der regionalen Bevölkerung führen.

Das Problem der Agrarwirtschaft ist nicht nur eines von knapper werdenden Betriebsmitteln, sondern auch von weltweiten Verteilungsfragen.

Weltweit benötigen sieben Milliarden Menschen Zugang zu sauberem Wasser und gesunder Ernährung. Die Zahl der hungernden und mangelernährten Menschen ist dramatisch. Fast eine Milliarde Menschen haben nach Angaben der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) nicht genug zu essen. Zwei Milliarden sind fehlernährt. Gleichzeitig produziert die weltweite Landwirtschaft mehr Lebensmittel als je zuvor. Ein Drittel mehr Kalorien werden erzeugt als zur ausreichenden Versorgung rechnerisch nötig wären. Somit ist Hunger in erster Linie kein Produktions-, sondern ein Verteilungsproblem. Ein stetig wachsender Teil der weltweiten Produktion dient nicht der menschlichen Ernährung, sondern wird als Tierfutter, Industrierohstoff oder Agrotreibstoff genutzt. Nur 47 Prozent der weltweiten Getreideproduktion landen auf dem Teller.

Damit ist das Problem der Agrarwirtschaft nicht nur eines von knapper werdenden Betriebsmitteln, sondern auch von weltweiten Verteilungsfragen. Was für den landwirtschaftlichen Betrieb zunehmende finanzielle und damit existenzielle Schwierigkeiten bedeutet, kann aus ökologischer Sicht noch viel erheblichere Folgen haben. 60 Prozent der weltweiten Landoberfläche wird land- oder forstwirtschaftlich genutzt. Die Agrarwirtschaft hat somit eine hohe Verantwortung für den Erhalt unserer Ökosysteme.

Durch den Abbau von Mineralien zur Düngerproduktion kommt es zur Landschaftszerstörung und Umweltverschmutzung. Die biologische Vielfalt auf und neben dem Acker



sinkt durch die Wirkungen der modernen Landbewirtschaftung. Der Verbrauch von fossilem Agrardiesel wird steuerlich begünstigt. Der Import von Futtermitteln ist verbunden mit unnötig hohem Energieverbrauch. Die EU beansprucht durch den Lebens- und Ernährungsstil ihrer Bürgerinnen und Bürgern enorme Flächen in den Ländern des Südens. Diese indirekte Landnahme hat direkte lokale Auswirkungen: Wo so genannte *cash crops* (Exportpflanzen für den Weltmarkt) für die reichen Länder des Nordens wachsen, können keine Nahrungsmittel zur Versorgung der lokalen Bevölkerung angebaut werden. Außerdem führt deren Anbau zu Wasserverknappung. Wo die EU Ackerflächen zur Ernährung ihrer Tiere in Übersee blockiert, kann kein Regenwald mehr wachsen. So werden virtuell Wasser und Land exportiert. Am Export von Agrarrohstoffen verdienen in den Ländern des Südens meist nur die wirtschaftlichen und politischen Eliten. Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sowie Indigene bleiben auf der Strecke.

Fast alle Agrarbetriebe sind auf den Zukauf externer Betriebsmittel angewiesen. Selbst im Ökolandbau ist das so. Dies schränkt sie wirtschaftlich ein und macht sie gegenüber den Schwankungen des Weltmarktes empfindlich. Das ist wegen des zu erwartenden »Peak Everything« nicht zukunftsfähig. Ein »Peak Phosphor« wird bereits in 20 bis 50 Jahren erwartet. Der sozial-ökologische Umbau muss die Agrarbetriebe dabei unterstützen, Abhän-

gigkeiten zu reduzieren, Betriebskreisläufe zu schließen und nachhaltig zu wirtschaften.

Verbraucherinnen und Verbraucher haben zu wenige Informationen über die sozialen und ökologischen Produktions-, Verarbeitungs- und Handelsbedingungen ihrer Lebensmittel. Dadurch haben sie nur geringe Möglichkeiten, mit dem Einkaufswagen auf die ökologischen und sozialen Bedingungen Einfluss zu nehmen. Täuschende Werbung gaukelt ihnen Herstellungsbedingungen und Inhalte von Lebensmitteln vor, die nicht der Realität entsprechen. Dadurch wird es ihnen schwer gemacht, den Wert von Lebensmitteln und ihre Erzeugung zu erkennen und dementsprechend zu schätzen.

Umbau

Beim sozial-ökologischen Umbau der Agrarwirtschaft geht es nicht um eine romantische Nische, sondern um eine Verbindung zwischen neuen Erkenntnissen und Rückbesinnung auf tradiertes Wissen und auf Erfahrungen, welche Bäuerinnen und Bauern seit Jahrtausenden gesammelt und damit die enorme kulturelle und agrobiodiverse Vielfalt geschaffen und erhalten haben. Landwirtschaft muss wieder multifunktional werden. Neben der Lebensmittelproduktion gehören zur Multifunktionalität auch gesellschaftliche Ziele (Gesundheit, Tradition, Kultur), der Umweltschutz (Boden, Wasser, biologische Vielfalt) und die Wirtschaftlichkeit (Einkommen, Handel, Energie).



Viele der multifunktionalen Ziele sind nicht monetär erfassbar und daher unter den aktuellen WTO-Regeln für den globalen Markt ohne Berücksichtigung.

Es muss eine wirtschaftliche Situation geschaffen werden, in der eine sozial gerechte und umweltschonende Produktion betriebswirtschaftlicher wird als die aktuelle umweltschädigende Produktion. Durch den Umbau wird Deutschland seine Stellung als drittgrößte Agrarexportnation verlieren. Die bisherigen Produktions-, Verarbeitungs- und Handelsstrukturen werden sich wandeln und dezentraler werden. Pharma-, Chemie- und Düngemittelindustrie werden ihre Bedeutung im Bereich

der Agrarwirtschaft verlieren, wenn sie sich nicht auf die neuen Erfordernisse einstellen, auf Bio-Pflanzenschutzmittel, Pflanzenzucht für Mischkulturen oder auf Nützlingszucht.

Die Reduzierung externer Betriebsmittel kann mit einem Mehrbedarf an Arbeitskräften verbunden sein. Zumindest ist dies im Ökolandbau der Fall (durchschnittlich arbeiten im Ökolandbau 0,9 Arbeitskräfte pro 100 Hektar mehr als im konventionellen Landbau). Nicht alle Höfe müssen »bio« werden, aber alle Betriebe sollten den systemaren Ansatz eines geschlossenen Betriebskreislaufes anstreben. In der stärkeren Ökologisierung der konventionellen Betriebe einerseits und der Umstellung auf die Ökoproduktion andererseits liegt die agrarpolitische Zukunft.

Die EU-Agrarpolitik muss diesen sozial-ökologischen Umbau fördern. Klare ökologische und soziale Vorgaben sind den Betrieben aufzuerlegen und wirksam zu kontrollieren. Als Gegenleistung erhalten sie Geld aus Brüssel. Jeder Betrieb sollte einen bestimmten Anteil seiner Fläche zur Produktion einheimischer Eiweißfuttermittel nutzen. Nötig ist eine umfassende Eiweißstrategie, welche Züchtung, Anbau und Verarbeitung umfasst. Direkte und indirekte Agrarexportsubventionen müssen dauerhaft

OFFENE FRAGE 1:

In welchem Rahmen sollen Importe und Exporte von Agrarrohstoffen zwischen der EU und Drittstaaten möglich sein?

abgeschafft werden. Die Umwandlung von Dauergrünland in Ackerland ist zu verbieten. Mindestens dreigliedrige Fruchtfolgen und die Förderung von Landschaftselementen sind verbindlich vorzuschreiben, Agrarumweltmaßnahmen zu stärken. Investitionsförderungen für Stallneubauten müssen standortangepasst und stärker an Tierwohlbelange gekoppelt werden.

Die beiden Säulen der

EU-Agrarpolitik (GAP) müssen zur Stärkung der ländlichen Strukturentwicklung perspektivisch zusammengelegt werden.

Der sozial-ökologische Umbau der Agrarwirtschaft muss auch mit den »kleinen« Entscheidungen des Alltages vorangebracht werden. Die Politik mit dem Einkaufswagen kann in der Summe große Wirkung auf Handel und Produzenten entfalten. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen anhand klarer, verbindlicher und barrierefreier Kennzeichnungen motiviert werden, tierwohlgerecht, gentechnikfrei und ökologisch einzukaufen. Regionalsiegel sind einzuführen und durch die Verbesserung der regionalen Verarbeitungsmöglichkeiten zu

unterstützen. Auch die Einführung eines leicht verständlichen sozial-ökologischen Fußabdrucks von Lebensmitteln kann eine lenkende Wirkung entfalten. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen gegenüber den Unternehmen einen Auskunftsanspruch über die sozialen und ökologischen Produktionsbedingungen eines Lebensmittels entlang der gesamten Lieferkette haben. Ökolandbau muss stärker unterstützt und damit eine deutliche Flächenzunahme dieser Betriebsweise erreicht werden. Darüber hinaus sind alternative Agrarprojekte wie zum Beispiel die »Solidarische Landwirtschaft« (CSA) zu unterstützen.

OFFENE FRAGE 2:

Benötigen wir eine umfassende Nachhaltigkeitskennzeichnung oder besser einzelne Siegel (zum Beispiel Bio-Siegel, Regionalkennzeichnung, Gentechnikfrei-Kennzeichnung)?

Der Flächenverbrauch durch Siedlungen, Ausgleichsflächen oder Verkehrsrouten ist radikal zu reduzieren. Da dieses Ziel seit Jahrzehnten gefordert, aber nicht wirklich erreicht wird, muss über

wirkungsvollere Gesetze nachgedacht werden. Auch die Regionalplanung ist zu stärken. Neuversiegelungen sind nur zu genehmigen, wenn sie verpflichtend mit einer Entsiegelung einhergehen. Die Nutzung kommunaler Ökokonten für Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen ist vorzuschreiben und ihre flächenschützende Wirkung zu verbessern.

OFFENE FRAGE 3:

In welchem Umfang soll die Landwirtschaft Agroenergien außerhalb ihres Eigenbedarfs produzieren? Soll sie nur Agrotreibstoffe für den Eigenbedarf beziehungsweise den regionalen ÖPNV produzieren oder darüber hinaus?

Die Einführung einer Stickstoffüberschussabgabe kann den Agrarbetrieben Anreize zur Reduzierung externer Betriebsmittel und zum Schutz der Gewässer geben. Sie muss so effektiv sein, dass für die Betriebe ein wirk-samer Anreiz zur Reduzierung ihrer Stickstoffüberschüsse besteht. Das Düngemittelrecht ist entsprechend anzupassen und konsequenter anzuwenden. Ähnlich würde die Streichung der Agrardieselsteuerrückerstattung bei gleichzeitiger Umstellungsförderung auf Pflanzenöle wirken, da diese unnötigerweise den Verbrauch fossiler Treibstoffe für den landwirtschaftlichen Maschinenpark fördert. Dies machte im Jahr 2010 Steuermindereinnahmen von 305 Millionen Euro für den Bundeshaushalt aus. Ein risikoorientiertes Abgabesystem für Pflanzenschutzmittel, welches gleichzeitig an Minderungsziele gekoppelt wäre, könnte einen umweltschonenderen Pflanzenschutz unterstützen. Die dadurch gewonnen Mittel sollten in bessere Beratung zum umweltschonenden Pflanzenschutz und zu Anbaumethoden, die Wildkräuter und Schädlinge zu unterdrücken helfen, reinvestiert werden. Der biologische Pflanzenschutz muss durch verstärkte öffentliche Forschung

ausgebaut werden. Die Nutzung biogener Treibstoffe außerhalb der Agrarwirtschaft und des ÖPNV wird nicht gefördert. Biogasanlagen werden nur gefördert, wenn sie mit der Priorität der Lebensmittelerzeugung in der Region vereinbar sind sowie mit nachhaltig erzeugten nachwachsenden Rohstoffen, mit Rest- oder Abfallstoffen oder mit Gülle und anderen Tierexkrementen betrieben werden.



Der sozial-ökologische Umbau muss mit einer wieder erstarkten öffentlich finanzierten Agrarforschung befördert werden. Öffentliche Forschung muss die Lösung der Probleme durch Hunger, Klimawandel und Umweltverschmutzung im Blick haben und sich damit deutlich von den privaten Forschungsinteressen von Pharma- und Agrarkonzernen mit dem Ziel der Gewinnmaximierung unterscheiden (z.B. Agro-Gentechnik, High-Input-Farming). Wissenslücken im Bereich der Klimafolgen, regionaler Versorgungskonzepte, angepasster Landnutzungssysteme, Mischkulturen, Urban Farming und Boden sind zu schließen. Insbesondere Agrarsoziologie und Agrarökonomie sind aufzuwerten.

Tierhaltung ohne Fortführung der indirekten Landnahme wird automatisch zu einer Verringerung des Angebotes an Fleisch- und Wurstwaren führen. An einem veränderten Konsumverhalten führt kein Weg vorbei. Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung charak-



terisiert den durchschnittlichen Verbrauch tierischer Produkte in Deutschland als gesundheitsschädlich hoch. Ein reduzierter Fleischkonsum wäre sinnvoll. In Deutschland werden 90,1 Kilogramm Fleisch pro Kopf und Jahr, im Weltdurchschnitt hingegen nur 39 Kilogramm verspeist. Um Fleisch nicht zu einem Luxusgut zu machen, müssen ein gesetzlicher Mindestlohn und eine bedarfsgerechte Grundsicherung die Ausgaben für eine ausgewogene und gesunde Ernährung decken. Programme zur Verbraucheraufklärung und -bildung müssen den Konsumwandel begleiten und bereits bei den Jüngsten ansetzen. Im Rahmen einer kostenfreien und ausgewogenen Schul- und Kindergartenverpflegung lernen Kinder und Jugendliche mit regionalen Produkten leckeres und gesundes Essen zuzubereiten.

Nur durch den schrittweisen Aufbau betrieblicher Eigenständigkeit kann die Befreiung aus der Preisumklammerung von Handel und Industrie gelingen. Eine betriebliche Kreislaufwirtschaft mit vielfältigen Fruchtfolgen ist zu etablieren und eine tiergerechte, standort-, umwelt- und sozialverträgliche Tierhaltung in das landwirtschaftliche System zu integrieren. Direktvermarktung und landwirtschaftliche

Kooperationen tragen zur Unabhängigkeit bei und sind daher zu unterstützen (z.B. Erzeuger- und Vermarktungsgemeinschaften).

Eine zentrale Frage der Agrarwirtschaft ist und bleibt die Verteilung und der Zugang zum Boden. Er ist die Grundlage und der Schlüssel für eine sozial-ökologische Agrarpolitik.

Viele Menschen sind weltweit vom Zugang zu Boden abgeschnitten. In Deutschland ist der Bodenmarkt zunehmend dem Zugriff durch landwirtschaftsfremdes Kapital und Bodenkonzentration ausgesetzt. Hier muss durch gesetzliche Neuregelungen entgegengewirkt werden. Beispielsweise sind die Grundstücksverkehrsgesetze zu verschärfen. Bodenprivatisierung ist zu verbieten. International sind Bodenreformen in vielen Ländern notwendig und sollten das Ziel einer breiten Streuung von Bodeneigentum haben. Der Konzentration von Boden in wenigen Händen ist weltweit entgegenzuwirken.

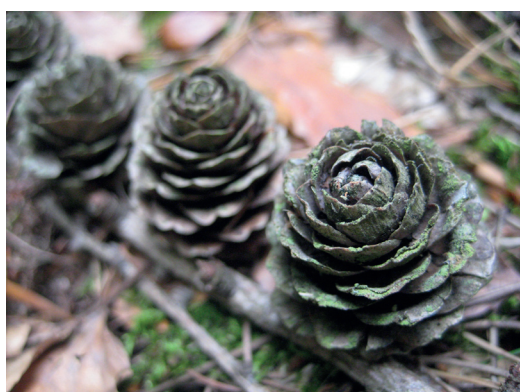
Hunger muss vor Ort überwunden werden. 70 Prozent aller Hungernden leben auf dem Land. Sie sind in die Lage zu versetzen, sich selbst zu ernähren. Der Zugang zu Nahrungsmitteln ist dabei genauso wichtig wie nachhaltige Ertragssteigerungen vor Ort. FAO und Weltnahrungsmittelbericht gehen davon aus, dass es in Zukunft angesichts der steigenden Weltbevölkerung und veränderter Konsummuster notwendig sein wird, die Menge an verfügbaren Nahrungsmitteln zu erhöhen, um alle Menschen ernähren zu können. Eine entsprechende Steigerung der Nahrungsmittelproduktion muss lokal angepasst und ressourcenschonend erfolgen und nicht mit den High-Input-Ansätzen der westlichen Agrarwirtschaft. Dem Verlust an landwirtschaftlicher Nutzfläche und Bodenfruchtbarkeit ist mit dem Ziel der Herstellung und Sicherung des Rechts auf Nahrung effektiv entgegenzuwirken.

Alle Staaten sollten Ernährungssouveränität anstreben. Vor allem die Entwicklungs- und Schwellenländer müssen über ihre Agrar- und Ernährungspolitik selbst bestimmen können. Entsprechend sind die

Gremien der UN (z.B. FAO) zu reformieren. Konkret sollte die Reduzierung von cash crops für den Weltmarkt ein erster Schritt sein. Hier muss der Einfluss Dritter auf die nationale Politik der Länder des Südens etwa durch die Verpflichtung zur Marköffnung massiv eingeschränkt werden. Nachernteverluste und Lebensmittelverschwendung sind in den Ländern des Nordens einzudämmen. Deutsche Entwicklungszusammenarbeit für die ländlichen Räume muss das Recht auf Nahrung zu

OFFENE FRAGE 4:

Welche Konsequenzen hat Regionalisierung für Lebensmittelhandel und Beschäftigte? Wie soll Regionalisierung der Agrarwirtschaft konkret (über bereits bestehende Ansätze hinausgehend) gefördert werden?



OFFENE FRAGE 5:

Wie kann die Dominanz der Konzerne in den vor- und nachgelagerten Bereichen wirksam reduziert werden?

Gründe legen und die Ernährungssouveränität der Staaten unterstützen. Frauen spielen eine zentrale Rolle in der ländlichen Entwicklung. Ihre Rechte und Teilhabemöglichkeiten sind daher zu stärken.

Letztlich bleiben alle diese Wege nur zaghafte Pflänzchen, wenn die WTO-Agrarpolitik bleibt wie sie ist. Das Agrarabkommen der WTO

aus dem Jahr 1995 setzte den internationalen Rahmen für die nun feststellbaren negativen Entwicklungen. Das Gesetz des liberalen Welt-agrarhandels (inklusive seiner perversen Abart der Agrarrohstoffspekulationen) gehört unterbunden. Die WTO muss um sozial-ökologische Kriterien erweitert, der Agrarmarkt muss vom Nicht-Agrarmarkt getrennt werden.

